

Kurzinformationen

zusammengestellt von Michael Mertsch

Angriff auf Erdöllager

Es war gegen zwei Uhr morgens, als am 20. Oktober heftige Detonationen die Bewohner in der Nähe von zwei großen Öllagern nahe Colombo aus dem Schlaf rissen. Etwa 20 mutmaßliche Angehörige der 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE), unter ihnen Angehörige des Selbstmordkommandos der 'Black Tigers', hatten mit Sprengsätzen einige der großen Öltanks in Kolonnawa und Orugodawatte in Brand gesetzt, wobei einer der Angreifer sich selbst in die Luft sprengte. Ziel der Anschläge war es offensichtlich, die Treibstoffversorgung des Landes zu sabotieren und die Armee zu einer Unterbrechung der Offensive im Norden des Landes zu zwingen. Nach den Sprengungen lieferten sich Sicherheitskräfte mit den Eindringlingen Feuergefechte. Die Bilanz: mindestens zwanzig Tote, darunter acht Soldaten, zehn Angehörige der Luftwaffe und zwei Mitglieder der 'Special Task Force' der Polizei. Weitere 25 Personen wurden verletzt, unter ihnen auch der Korrespondent der BBC in Sri Lanka, George Arney. In Kolonnawa standen zwei der fünf riesigen Tanks mit Diesel und Flugbenzin in Flammen, insgesamt verbrannten hier 20.000 Tonnen Treibstoff. Von den in Orugodawatte gelagerten Rohölvorräten wurden sogar 90.000 Tonnen ein Raub der Flammen. Feuerwehrleuten gelang es wegen der großen Hitze zunächst nicht, nahe an die Brandherde zu gelangen. Noch Tage nach dem Anschlag standen dunkle Rußwolken über den beiden Lagerstätten. Ein Team indischer Feuerwehrleute unterstützte die Löscharbeiten.

Tausende von Menschen flohen mit Koffern und wenigen Habseligkeiten aus der Umgebung der Brände. Viele fanden in Tempeln, bei Freunden oder Verwandten Zuflucht. Einige kampierten auch auf der Straße.

Als unmittelbare Reaktion auf den Anschlag rief die Regierung für die gesamte Region Colombo eine Aus-

gangssperre aus, die bis in den nachfolgenden Tag hinein fortgesetzt wurde. Obwohl Armeeeingehörige mit Einsatz von Schußwaffen drohten, kam es zu Plünderungen in den verlassenen Stadtvierteln. Über Radio und Fernsehen wurde die Bevölkerung aufgefordert, ruhig und im Haus zu bleiben. Polizeikräfte sperrten vielerorts Tankstellen ab, nachdem tausende von motorisierten Srilankanern aus Angst vor einem drohenden Treibstoffmangel versuchten, die Tanks ihrer Fahrzeuge zu füllen.

Der entstandene Schaden wird auf insgesamt rund 30 Millionen Dollar geschätzt. Nach den Anschlägen wurde nahe dem Depot von Kolonnawa ein Raketenwerfer entdeckt, Sicherheitskräfte stellten bei einem Kontrollpunkt im Stadtzentrum einen Lastwagen sicher, der mit Sprengstoff beladen war. Der Fahrer wurde festgenommen.

Für einige Srilankaner war die Zeit der Panik jedoch kurz. Schon am Abend des Angriffstages explodierten in einigen Stadtteilen Colombos wieder harmlose Feuerwerkskörper, nachdem die einheimische Cricket-Mannschaft ein Spiel gegen eine Auswahl der karibischen Inseln gewonnen hatte.

Anschlag auf tamilischen Politiker

Mit Granaten bewaffnete Unbekannte griffen am Abend des 9. Oktober das Haus dem Parteiführers der 'Eelam People's Democratic Party' (EPDP) und Parlamentsabgeordneten Douglas Devananda an. Nachdem die Angreifer, die Polizei geht von der LTTE als Urheber aus, mehrere Granaten durch Fenster und Türen des zweistöckigen Hauses im Zentrum Colombos abgeschossen hatten, eröffneten sie das Feuer mit automatischen Waffen. Im Verlauf der Explosionen fanden drei Personen, Parteiangehörige und Leibwächter Devanandas, den Tod; ein Taxifahrer wurde erschossen. Devananda selbst gelang die Flucht über eine Mauer an der Rückseite des Hauses. Zahlreiche Personen, darunter ein unbeteiligter

Passant, mußten in Krankenhäuser eingeliefert werden. Die Detonationen, die kilometerweit zu hören waren, führten zu einer starken Zerstörung des Gebäudes, drei benachbarte Häuser wurden ebenfalls beschädigt und zahlreiche Fensterscheiben in der Umgebung gingen zu Bruch. Der Schußwechsel zwischen Angreifern und Personen im Haus dauerte nach Augenzeugenangaben fast zehn Minuten.

Devanda, der mehrfach die LTTE öffentlich kritisiert hat, repräsentiert gegenwärtig den Jaffna-Distrikt im Parlament. Die LTTE wirft ihm, der in der Vergangenheit selbst im Untergrund aktiv war, vor, mit der srilankischen Armee zusammenarbeiten, um den tamilischen Widerstand zu brechen. In jüngster Zeit war Devananda, der stets zwei Browning-Pistolen bei sich trägt und bei seinen Aufenthalten im Hauptquartier der EPDP von Hunden und 50 Leibwächtern umgeben ist, als starker Verfechter des von der Regierung vorgestellten politischen Pakets aufgetreten.

LTTE-Führer in Kanada verhaftet

In Kanada wurde Ende Oktober einer der führenden Köpfe der lokalen LTTE-Gruppe aufgrund terroristischer Anschuldigungen festgenommen. Die Verhaftung des 40jährigen Tamilen Manickavasagam Suresh basiert auf der Ausstellung eines 'National Security Certificate', einem Dokument, das in Kanada nur benutzt wird um mutmaßlichen Terroristen, die die nationale Sicherheit bedrohen, habhaft zu werden. Ein Sprecher der Einwanderungsbehörde teilte mit, daß Suresh sich derzeit in einem Gefängnis in Ontario befindet und sich in jedem Fall einer Anhörung unterziehen müsse, bevor der Fall dann an ein Bundesgericht verwiesen werde. Regierungsquellen sprechen auch davon, daß Suresh im Verdacht steht, das Eintreiben von Unterstützungsgeldern für die LTTE und ihre Kriegsführung von tamilischen Landsleuten organisiert zu haben.

LTTE-Aktivitäten im Ausland

Außenminister Lakshman Kadirgamar's Versuch, die Außenminister verschiedener westlicher Länder von der Notwendigkeit einer Schließung von LTTE-Büros in diesen Staaten zu überzeugen, ist gescheitert. Ziel seines Vorstoßes war es vor allen Dingen, den aus dem Ausland vorhandenen Zufluß von Unterstützungsgeldern für die tamilische Guerilla einzudämmen, der aufgrund von LTTE-Aktivitäten im Ausland zustande kommt. Insbesondere die Außenminister von Frankreich und Großbritannien betonten jedoch, daß die LTTE in ihren Ländern frei operieren könne, solange sie keine lokalen Gesetze dabei verletzt.

Sogar Präsidentin Kumaratunga nutzte ihre - auf fünf Minuten begrenzte - Redezeit anlässlich des fünfzigsten Jahrestags der UN in New York, um dieses Thema zu erwähnen: "Diese Gruppe (die LTTE) operiert auch im Ausland und betreibt dort ein Netz zur Erhebung von Unterstützungsgeldern, das auf Zwang und Erpressung beruht. Dieses Netz steht mit kräftigen kommerziellen Interessen wie Drogenhandel, unerlaubtem Waffenhandel und dem Schmuggel von illegalen Einwanderern in engem Zusammenhang." Informationen zufolge wirbt die LTTE derzeit in zahlreichen europäischen Ländern wieder ganz besonders intensiv um finanzielle Unterstützung, so auch in der Bundesrepublik.

Pressezensur

Mit Wirkung vom 21. September wurde von der Regierung eine Pres-

senzur eingeführt, die sich auf alle Meldungen zu militärischen Ereignissen bezieht. Die Regierung hat sich damit auf einen Weg begeben, der - insbesondere nach den Versprechungen einer völligen Pressefreiheit im Zuge des Wahlkampfes von 1994 - große Besorgnis auslösen muß. Was vielfach schon in Vergessenheit geraten und von nur wenigen wieder zurückgewünscht worden war, trat ein: zahlreiche Tageszeitungen erschienen in den darauffolgenden Tagen mit eingeschwärzten Druckspalten bzw. zahlreichen leeren Feldern im Drucksatz, die mit dem Wort "Censored" in großen Buchstaben gekennzeichnet waren (siehe Abbildung). Zensiert wird "zum Wohle des Landes" alles, was die Operationen von Armee, Marine, Luftwaffe, Polizei und der Sondereinsatzgruppe STF betrifft.

Natürlich wurde dieser Schritt zur Einschränkung der Pressefreiheit vom Informationsminister Senanayake heruntergespielt. "Die Zensur betrifft nur Fragen der nationalen Sicherheit, der Ordnung und des Friedens sowie militärische Operationen", sagte er auf einer Pressekonferenz. "Es ist nur ein vorübergehender Schritt, der hoffentlich nicht lange andauert." Gleichzeitig ließ er es sich aber nicht nehmen, seine Anschuldigungen gegenüber kritischen Zeitungen zu wiederholen, denen er vorwirft, die militärischen Erfolge zu gefährden und Spannungen in der Bevölkerung zu erzeugen. "Manchmal veröffentlichen Zeitungen Meldungen, die zu Unruhen führen können. Sie wollen eine Situation wie 1983 erzeugen". Auch Präsidentin Kumaratunga hatte sich in der jüngsten Vergan-

genheit mit ähnlichen Äußerungen gegen Teile der Medien gewandt. Noch wenige Tage zuvor hatte das Kabinett betont, daß die Regierung für eine Politik der freien Medien einstehe. Jeder der sich in diesen Rechten eingeschränkt fühle, könne Beschwerde bei Polizei und Gerichten einreichen.

Die neuen Zensurmaßnahmen stoßen fast überall auf Ablehnung. Unzählige Kommentare und Zeitungsbeiträge beschäftigten sich mit diesem Schritt, aber auch verschiedene Menschenrechts- und Friedensgruppen im Land erhoben Protest.

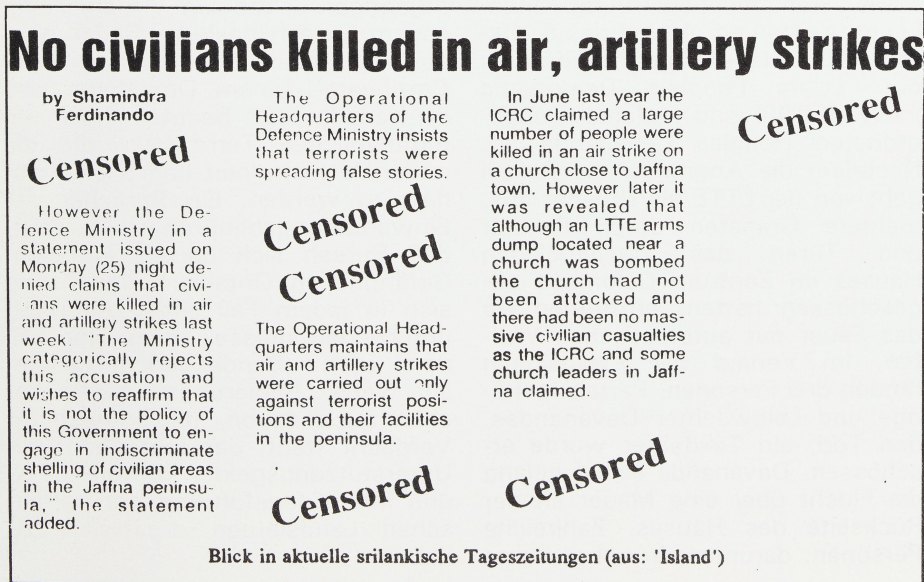
Neues Vermittlungsangebot

Großbritannien hat sich im Oktober bereiterklärt, im Bürgerkrieg zu vermitteln, falls beide Seiten dies wollten. Das erklärte der britische Außenminister, Jeremy Hanley, anlässlich eines Treffens von Parlamentariern des Commonwealth in Colombo. Hanley zeigte sich überzeugt davon, daß nur eine politische Lösung den gewünschten Frieden im Land bringen könne.

Appell katholischer Kirchenführer

Eine Konferenz zahlreicher katholischer Kirchenführer hat einen Appell zur internationaler Unterstützung bei der Lösung des srilankischen Konflikts verabschiedet. Mit Berufung auf die Entwicklungen in Palästina und Südafrika forderten sie alle Menschen auf, für solche Friedensbemühungen offen zu sein.

In einer Erklärung wurde das von der Regierung vorgestellte politische Paket zur Machtteilung begrüßt, gleichzeitig aber auch darauf hingewiesen, daß die LTTE in einer Friedensdebatte einbezogen werden müsse. "Es muß darauf geachtet werden, daß es nicht zu neuen Ungerechtigkeiten kommt", sagte der Sekretär der Konferenz. "Wir glauben, daß die gegenwärtige Krise nicht von einem Mangel an gutem Willen und terroristischer Tendenzen sowie dem Machthunger gewisser Gruppen abhängt, sondern grundlegende ethnische Mißstände existieren, die zuerst adressiert werden müssen. Eine Lösung kann niemals durch militärische Macht entstehen, sondern nur durch Diskussionen, Dialog, Kompromisse und Übereinstimmung. Je eher die Kampfhandlungen aufhören, desto schneller kann eine Erörterung und Lösung der wirklichen Probleme stattfinden."



Einsatz von Bürgerwehren

Die srilankische Regierung plant nach den zahlreichen mutmaßlichen LTTE-Übergriffen auf sinhalesische Dörfer, Bürgerwehren zu reaktivieren. Derartige, aus der Bevölkerung rekrutierte und mit Waffen ausgestattete Gruppen hatten sich in der Vergangenheit sowohl bei den Aufständen im Süden als auch an der Ostküste einen zweifelhaften Ruf verdient.

Verhaftungen in Colombo

Mehr denn je halten Hausdurchsuchungen und Straßenkontrollen in Colombo an. Gerade nach den jüngsten Ereignissen haben die Sicherheitskräfte und die Polizei in der Hauptstadt offensichtlich ihre Maßnahmen noch einmal verschärft. Nachdem das 'Criminal Investigation Department' (CID) wieder einmal bekannt gegeben hatte, daß "zahlreiche" Angehörige von Selbstmordkommandos der LTTE sich in Colombo aufhalten, kam es während der ersten Oktobertage zu mehr als 1.000 Verhaftungen und anschließenden Verhören. Schwerpunkte waren wieder einmal die Stadtteile Grandpass, Kotahena, Maradana, Wellawatta, Borella und Kirulapone, in denen ein hoher tamilischer Bevölkerungsanteil lebt. Auch in Vorstädten, speziell in Wattala an der Straße zum Flughafen, wurden Jugendliche Tamilen festgenommen.

Der Besitz eines Personalausweises (Identity Card) nützt Tamilen derzeit bei Straßenkontrollen wenig. Selbst wenn dieses Dokument als Wohnort Colombo angibt, werden sie oft stundenlang auf Verdacht an diesen Kontrollstellen festgehalten.

Tamilische Händler im Basarviertel Pettah sehen sich vor neue Schwierigkeiten mit den Behörden gestellt. Alle Händler wurden aufgefordert, ihre Geschäfte bei der Polizei zu melden, die damit im Zusammenhang stehenden Formulare wurden jedoch nur in Sinhalesisch ausgegeben. Beschwerden über diese Vorgehensweise blieben unbeantwortet.

Sicherheitsalarm für Flughafen

Nach dem Angriff auf Erdöllager bei Colombo wurden die Sicherheitsmaßnahmen auf Sri Lankas internationalem Flughafen abermals verstärkt. Sicherheitskräfte sollen jetzt noch mehr Zeit zur Untersuchung von Fahrzeugen aufwenden.

Wurden abreisende Passagiere bisher ohnehin gebeten, mindestens drei Stunden vor Abflug am Flughafen einzutreffen, so erhöht sich diese Zeitspanne unter Umständen jetzt auf vier bis fünf Stunden. Zahlreiche Passagiere haben offensichtlich bereits Flüge verpaßt.

Die in Katunayake operierenden Fluglinien wurden angewiesen, ihre Flugzeuge wegen zu erwartender Engpässe bei der Treibstoffversorgung möglichst nicht in Sri Lanka auftanken zu lassen.

Entführung einer Passagierfähre

Reichlich Verwirrung gab es Ende August um das Verschwinden einer Passagierfähre mit etwa 120 Personen an Bord. Das Schiff, die 'Irish Mona', verkehrt zwischen Trincomalee und der Halbinsel Jaffna; die Fährverbindung wird gemeinsam von der Regierung und der 'Eelam People's Democratic Party' (EPDP) betrieben. War zunächst das Schicksal der Fähre und ihrer Passagiere ungeklärt, so stellte sich schließlich heraus, daß Angehörige der LTTE das Schiff in ihre Gewalt gebracht hatten. Das Schiff war dann nach einem Navigationsfehler auf Grund gelaufen, die Reisenden und die Besatzung offensichtlich an Land gebracht worden.

Obwohl genauere Informationen nicht vorlagen, ließen Sprecher der EPDP verlautbaren, daß alle Geiseln in das von der LTTE kontrollierte Gebiet verschleppt worden seien, um sie dort zu politischen Zwecken zu mißbrauchen. Das 'Internationale Komitee vom Roten Kreuz' (IKRK) konnte wenig später Kontakt mit den Betroffenen, fast ausschließlich Tamilen, aufnehmen. Am 6. September kamen, bis auf die Schiffsbesatzung, alle Personen frei.

Absturz eines Transportflugzeugs

Eine Maschine der srilankischen Luftwaffe vom Typ Antonov AN-32, die Truppen zum Luftwaffenstützpunkt Palaly im Norden des Landes transportieren sollte, stürzte dreißig Kilometer westlich von Jaela ins Meer. Dabei kamen nach Auskunft des Luftwaffen-Kommandeurs Jayalath Weerakody 68 Soldaten, zwei Polizisten sowie die fünfköpfige Besatzung ums Leben. Das Wrack der erst vor zweieinhalb Monaten aus der Ukraine angeschafften Maschine sowie die Leichen der Opfer sind bislang trotz in-

tersiver Suche nicht gefunden worden, sondern lediglich ein 200 mal 200 Meter großer Ölteppich, ein Teil der Ladung und Teile des Flugzeuges. Die genaue Ursache der Katastrophe ist bisher nicht bekannt, es wurde jedoch eine Untersuchungskommission eingesetzt. Dabei werden fünf mögliche Ursachen diskutiert: schlechtes Wetter, ein technischer Defekt, menschliches Versagen des Piloten, Sabotage oder ein Raketenbeschuss. Die Möglichkeit eines Abschlusses der Maschine verwarf Weerakody, da das Flugzeug eine bislang unbekannte Route flog, durch die Wolkendecke verborgen und bereits außerhalb der Reichweite üblicher Flugabwehrraketen war. Die Polizei wurde angewiesen, verstärkt in Richtung eines möglichen Sabotageaktes zu ermitteln. Unter der Ladung befanden sich vier große Kisten mit Zigaretten für die Truppen im Norden. Möglicherweise war in einer dieser Kisten ein Sprengsatz verborgen. Ebenfalls näher untersucht wird ein möglicher Pilotenfehler, wengleich es sich bei der Besatzung um erfahrene Piloten handelte. Am wahrscheinlichsten erscheint daher ein technischer Defekt oder aber schlechtes Wetter als Ursache für den Absturz..

Unsichere Elektrizitätsversorgung

Nach Aussagen des Leiters der Behörde für Infrastrukturentwicklung und Investitionen, P. Ramanujam, steuert Sri Lanka auf eine Krise bei der Elektrizitätsversorgung des Landes zu. Wenn die Wirtschaft sich so wie vorgesehen entwickle, werde sich der gegenwärtige Strombedarf etwa verzehnfachen. Bis zum Jahr 2000 wird eine Kraftwerksleistung von 700 Megawatt benötigt, allein für das Jahr 1996 fehlen zusätzlich 150 Megawatt Leistung. Obwohl ein Ausbau von Kraftwerken ca. zwei Milliarden Dollar kosten würde, ist eine Unterstützung durch externe Geldgeber kaum zu erwarten. Die Mitgliedsländer der OECD gewähren nur Ländern mit einem pro-Kopf Jahreseinkommen von weniger als 500 Dollar derartige Hilfen.

Positive Aspekte bezüglich der Versorgung mit Strom lassen sich aber zumindest beim Aufbau von hydroelektrischen Kraftwerken in ländlichen Gebieten vermelden, da viele Dörfer bis heute immer noch nicht an ein Elektrizitätsnetz angeschlossen sind. Die kleinen, kompakten und mit Wasserkraft betrie-

benen Generatoren liefern 3 bis 35 Kilowatt Leistung und versorgen damit bis zu 65 Familien. Die Leistungsaufnahme für jeden Haushalt ist auf 100 Watt begrenzt, genug um vier kleine Glühlampen damit zu betreiben, oder auch einen Fernseher (wenn man zwei Lampen abschaltet). Beim Bügeln jedoch muß unter Umständen das ganze Dorf informiert werden, damit alle anderen Bewohner während dieser Zeit ihren Stromverbrauch unterbrechen. Andernfalls bricht die Stromversorgung kleiner Generatoren unerbittlich zusammen.

Gegenwärtig werden nur 35 Prozent des Landes mit Strom versorgt, Experten gehen von einer Netzkapazität aus, die diesen Anteil maximal auf 50 Prozent erhöhen könnte. Auf dem Land sind weniger als 4.500 der schätzungsweise 24.000 Dörfer versorgt.

Das Programm zur Versorgung von Dörfern mit dezentralen Energieerzeugern wird von der 'Village Electricity Consumers Society' organisiert, die bei der Projektierung und dem Bau der Anlagen großen Wert auf die Mitwirkung der Dorfbewohner legt. Ein kleines Wasserkraftwerk läßt sich schon für umgerechnet 7.000 Dollar errichten.

Wirtschaftsentwicklung

Der frühere Premierminister Sri Lankas und heutige Oppositionsführer Ranil Wickremasinghe hat die Regierung dafür gescholten, der Wirtschaft erlaubt zu haben, ihre Anstrengungen zu verlangsamen und sagte, daß aus diesem Grunde ausländische Investoren fernblieben. Wickremasinghe, der Führer der 'United National Party', (UNP), sagte, daß der Separationskrieg der 'Tamil Tigers' im Norden und Osten des Landes nicht Gegenstand der Auseinandersetzung sei, wohl aber das Versagen der Regierung bezüglich der Etablierung einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Die 'Peoples Alliance' der Präsidentin Chandrika Kumaratunga löste nach 17 Jahren die UNP im August 1994 an der Macht ab und formulierte den Aufbau einer stabilen und dauerhaft starken, vom privatwirtschaftlichen Sektor getragenen Wirtschaft als ihr politisches Ziel. Die neue Regierung stößt daher mit einem ehrgeizigen Privatisierungsprogramm vor, verlangsamt jedoch gleichzeitig das makro-ökonomische und gesamtgesellschaftliche Wachstum. Beobachter sehen jedoch bescheidene Verbesserungen

des Wirtschaftswachstums für das kommende Jahr, da das prognostizierte Bruttosozialprodukt von 5,0 Prozent 1995 auf 5,2 Prozent ansteigen soll.

Die Börse, vor eineinhalb Jahren noch der Schrittmacher der nationalen Wirtschaft, hat seit Januar starke Umsatzeinbußen zu verzeichnen. Und auch bei den ausländischen Investitionen ist ein Rückgang festzustellen. Die Statistiken der Zentralbank sagen aus, daß die Investitionsbehörde 1994 268 Vereinbarungen mit ausländischen Investoren unterzeichneten, die einen ausländischen Kapitalzufluß von 23 Milliarden Rupien (= 442 Millionen US\$) bedeuteten, von denen aber nur 7,8 Milliarden Rupien (= 150 Millionen US\$) real nach Sri Lanka transferiert wurden. Arbeitsniederlegungen und eine unzureichende Infrastruktur werden als die vorrangigen Gründe genannt, die dazu führen, daß Investoren fern bleiben oder sich zurückziehen. Die Regierung hat daher Anreize wie steuerfreie Phasen für ausländische Investoren genehmigt. Wickremasinghe fordert die Rückkehr zu einem Klima des Vertrauens. Gleichzeitig schloß er aus, daß der Krieg gegen die 'Tamil Tigers' ein Grund für den Niedergang der Wirtschaft sei indem er auf ein Wirtschaftswachstum von 7 Prozent im Jahr 1993 verwies, als der Krieg in vollem Gange war. "Wir hatten lange Jahre des Friedens, als unser Wirtschaftswachstum unter zwei Prozent betrug. Schaffen Sie die erforderlichen Grundlagen und das Wirtschaftswachstum wird sich einstellen. Ist der Frieden dann erst erreicht, wird das Wirtschaftswachstum eine weitere Beschleunigung erfahren. Unter den derzeitigen Bedingungen aber fürchte ich, daß die großen Investoren ausbleiben, die wir dringend benötigen, um Jobs für unsere junge Generation zu schaffen", betonte der ehemalige Premier.

Deutlich mehr Touristen im Land

Die Eskalation der blutigen Auseinandersetzungen im Land scheint offensichtlich kein Hinderungsgrund für weiter steigende Touristenzahlen in Sri Lanka zu sein. Besonders stark stieg im August die Zahl der Besucher aus Hongkong (Zuwachs 153 Prozent), China (Zuwachs 69 Prozent) und Großbritannien (Zuwachs 33 Prozent) an. In einer Mitteilung des 'Ceylon Tourist Boards' heißt es weiter, daß für

August 1995 insgesamt 9 Prozent mehr Urlauber als im gleichen Monat des Vorjahres ins Land kamen, für die ersten acht Monate des Jahres wurde eine Steigerung von 5,3 Prozent festgestellt. Im Tourismusministerium ist man überzeugt, daß der Krieg auch in Zukunft keine negativen Einflüsse auf diese Zahlen haben wird. Einige Reiseagenturen äußern sich allerdings durchaus anders. Die Buchungen aus Deutschland, bisher führend unter den Besuchsländern, liegen für die diesjährige Wintersaison um 30 Prozent unter dem Vorjahr, aus Skandinavien reisen sogar 50 Prozent weniger Touristen an. Die Reisebüros führen diesen Rückgang allerdings nicht auf die Probleme in Sri Lanka, sondern auf wirtschaftliche Veränderungen in der Herkunftsländern zurück.

Straßenmaut in Sri Lanka?

Zur Verbesserung des teilweise katastrophalen Zustands der Straßen im Lande wurden jetzt Pläne der Regierung bekannt, ausländische Investoren mit dem Bau von zwei Schnellstraßen zu beauftragen. Es geht hierbei einerseits um den schon längere Zeit diskutierten und umstrittenen Verbindungsweg zwischen Colombo und dem internationalen Flughafen, zum anderen um eine neue Straßenverbindung von Colombo ins etwa 100 Kilometer südlich gelegene Galle. Zur Finanzierung der Bauvorhaben denkt man über eine Nutzungsgebühr für die neuen Straßen nach. Obwohl ein Ausbau der vorhandenen Küstenstraße von Colombo nach Galle erst im vorigen Jahr abgeschlossen wurde, soll eine neue Straße in den Süden errichtet werden, die etwa dreizehn Kilometer vom Meer entfernt verläuft.

Die Bauprojekte sind mit Kosten von 1,5 Millionen Dollar je Straßenkilometer veranschlagt, Geldbeträgen, die von der Regierung angesichts der Unsummen, die für die Kriegsführung verschlungen werden, unbezahlbar sind. Schon jetzt gelingt es den verantwortlichen Behörden nicht mehr, mit den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln die vorhandenen Straßen instandzuhalten. Trotzdem sehen Entwicklungspläne vor, im Süden insgesamt 400 Kilometer neue Straßen zu bauen.